

Podcast/Hörangebot #Dein Rat zählt

Telefon-Gespräch mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen am 27.07.2021

Audio-Transkription, redigiert von Michael Kalthoff-Mahnke

((Musikeinspielung))

Michael: Hallo und herzlich willkommen zum Hörangebot von #DeinRatzählt, der Wissensplattform im Internet rund um Kommunalpolitik, politische Teilhabe und lokale Behindertenpolitik. Ich bin Michael vom #DeinRatzählt-Team.

Die Bundestagswahl 2021 steht vor der Tür, der Kampf um die Abgeordneten Plätze hat bereits begonnen. Wir sprechen mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, über die Wahl im kommenden Herbst und warum es so wichtig ist, am 26. September seine Stimme abzugeben.

Michael: Warum sind gerade die Bundestagswahlen auch für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen so wichtig?

Jürgen Dusel: Weil in Berlin, aber auch woanders, ganz wichtige Entscheidungen getroffen werden. Weil Gesetze im deutschen Bundestag gemacht werden, die ganz unmittelbar die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen betreffen. Das ist nicht nur Sozialpolitik und Teilhabegesetz, sondern es geht auch um das Thema der Barrierefreiheit. Es geht um Themen des Wohnungsbaus. Oder es geht auch um Themen der Gesundheit.

Wir haben es ja gerade in der Zeit der Pandemie besonders gemerkt. Es ist absolut notwendig, dass möglichst viele Menschen mit und ohne Behinderungen - ich mache da gar keinen Unterschied - zur Wahl gehen und ihr demokratisches Recht, was ja im Grunde wirklich etwas Tolles ist, wahrnehmen. Und ich freue mich natürlich besonders, dass ganz viele Menschen endlich zur Wahl gehen können, die eben beim letzten Mal noch ausgeschlossen waren. Pauschal sind es 85.000 Menschen, die jetzt zur Wahl gehen können. Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung standen, Menschen, die als schuldunfähige Straftäter im Maßregelvollzug waren. Und ich finde es

wirklich notwendig, dass wir dieses demokratische Recht nicht nur haben, sondern es auch zu nutzen und mitbestimmen, was tatsächlich dann geschieht.

Michael: Aber warum denken Sie, gibt es noch recht wenige Menschen mit Behinderung - oder zumindest sichtbaren Behinderungen - in den Parlamenten selbst? Es gibt, sag ich mal etwas zugespitzt, die „Sonderwelten“ in Beiräten, die ja teilweise dann auch keine exekutive Funktion haben. Aber in den Parlamenten selbst - oder auch im Bundestag selbst - sind Menschen zumindest mit sichtbaren Behinderungen sehr wenig vertreten.

Jürgen Dusel: Ich glaube, die Gründe sind vielfältig. Wenn ich jetzt beispielsweise an junge Menschen mit Behinderungen denke, die vielleicht zum Teil noch in Förderschulen sind. Da wünsche ich mir, dass mehr politischer Unterricht stattfindet, dass das Thema Demokratie und Politik und die Möglichkeiten, sich zu engagieren, mehr stattfindet.

Ich glaube auch - und das ist ein ganz wichtiger Punkt -, dass hier auch der Gesetzgeber noch mal gefordert ist. Ich glaube, dass sehr viele Menschen mit Behinderungen sich schon politisch engagieren würden, aber Assistenz dafür brauchen. Also: Wenn jemand taub ist, braucht es beispielsweise eine Gebärdensprachdolmetschung. Wenn jemand mit kognitiven Einschränkungen lebt, braucht jemand vielleicht eine Assistenz, die bei der Kommunikation hilft. Wenn jemand blind ist, braucht er oder sie eine Begleitperson. Und es ist leider Gottes immer noch nach dem Gesetz so, dass, wenn jemand sich ehrenamtlich engagieren will, absolut nicht selbstverständlich ist, dass die Kosten für die Assistenzkraft übernommen werden. Weil man erst einmal so zu sagen darauf verwiesen wird, Freunde zu fragen oder Ähnliches. Das halte ich für falsch.

Ich bin schon der Meinung, dass es einen Rechtsanspruch geben muss, auch beim Ehrenamt. Wir wollen auf der einen Seite, dass sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Und dann muss es auch konsequent sein, dass jemand mit Behinderung, der sich ehrenamtlich engagieren will, auch die Möglichkeit dazu hat. Ich würde es sehr begrüßen, weil Menschen mit Behinderungen - unabhängig davon, dass sind natürlich auch zum Thema Behinderung etwas sagen können - in allen Bereichen des Lebens natürlich Kompetenzen haben und sich einbringen können. Ich will die Menschen mit Behinderung nicht immer nur reduzieren auf das Thema Behindertenpolitik. Sondern da kann jemand genauso gut auch was zur Wohnungsbaupolitik sagen oder zu Gesundheitspolitik oder zur Innenpolitik. Es ist wichtig, dass diese Menschen dann auch diese Assistenz bekommen. Ich glaube, dass ist ein großes Thema, das wir in der nächsten Legislaturperiode, angehen müssen. Stichwort BTHG (Bundesteilhabegesetz) und Paragraf 78 Neuntes Sozialgesetzbuch. Wir müssen dafür sorgen, dass es Rechtsansprüche gibt.

Michael: Das sind jetzt das sind Ihre Ideen, ihre Vorstellungen. Aber es braucht ja auch eine breite Basis in der Politik, in den in den Parlamenten, in Berlin. Sie brauchen viele

Mitstreiter, Herr Dusel, wie dick, um das mal mit Max Weber zu sagen, ist denn das Brett, dass Sie da bohren müssen in Berlin? Wie sind denn die Widerstände? Oder gibt es da offene Türen, die sie nur aufstoßen müssen?

Jürgen Dusel: Naja, es ist schon ein sehr dickes Brett. Veränderungsprozesse in dem Bereich sind natürlich anstrengend. Wir haben über Jahre die Situation gehabt, dass Menschen mit Behinderungen exkludiert waren. Das fängt schon mit der Barrierefreiheit von Gebäuden an. Es geht aber auch um die Barrierefreiheit von Dokumenten. Also wenn ich im Deutschen Bundestag als Abgeordneter bin, brauche ich, weil ich beispielsweise sehbehindert bin, natürlich auch die ganzen Dokumente barrierefrei.

Also diese Bretter sind schon sehr dick, und ich merke eben in meiner Arbeit, dass es verantwortliche Politikerinnen und Politiker gibt, die da wirklich offen sind und die das auch notwendig finden. Und es gibt - wie in der ganzen Gesellschaft - auch Menschen, die sagen: „Ach Gott, ist das jetzt wirklich notwendig? Wir können das doch auch gut für die mitentscheiden.“ Wir haben das gerade bei den Wahlrechtsausschlüssen gemerkt, dass es eben doch Politiker gab, die gesagt haben: „Ist das richtig, dass Menschen, die unter Betreuung stehen, jetzt wählen können? Ist da nicht die Gefahr, dass beispielsweise deren Betreuer die dann irgendwie doch beeinflussen? Müssten diese Menschen nicht qualifiziert werden?“ Also diese ganzen alten Argumente, die wir übrigens vor 100 Jahren schon einmal gehört haben, als es um das Frauenwahlrecht ging und die damals falsch waren und auch heute noch falsch sind.

Diese Widerstände sind natürlich noch da. Aber das bedeutet ja nicht, dass man aufgibt, sondern sagt: „Okay, wir müssen uns tatsächlich zusammenschließen und dafür sorgen, dass dieser Satz ‚Demokratie braucht Inklusion‘ bedeutet, dass es bei Inklusion um etwas Urdemokratisches geht, nämlich dass alle Menschen teilhaben können und sich einbringen können. Davon wird auch die gesamte Gesellschaft profitieren. Ich bin fest davon überzeugt.“

Michael: Stichwort Informationen über Wahlen, auch über die Bundestagswahl. Gibt es aus Ihrer Sicht Empfehlungen für Menschen mit Behinderungen, die sich über die Bundestagswahl - auch in Hinblick auf Behindertenpolitik - informieren möchten. Gibt es zum Beispiel die Wahlprogramme in Leichter Sprache? Wie wäre es mit einem „Wahlomat“ in Leichter Sprache? Da gibt es noch viel zu tun, oder?

Jürgen Dusel: Da gibt es noch viel zu tun. Ich freue mich, dass die Parteiprogramme tatsächlich in der Regel schon in leichter Sprache vorhanden sind. Ich finde, da merkt man auch eine Entwicklung. Vor 20 Jahren wäre das noch nicht so möglich gewesen. Das heißt, da findet eine Veränderung statt.

Und das ist auch notwendig, weil die Menschen mit Behinderungen, auch mit kognitiven Einschränkungen, zweifelsohne ein politisches Verständnis haben. Und deswegen war ich ja auch so engagiert, dass diese Wahlrechtsausschlüsse wegkommen. Also:

Parteiprogramm in Leichter Sprache ist ein ganz wichtiger Punkt. Der „Wahlomat“ in Leichter Sprache ist wirklich notwendig.

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet schon Informationen in Leichter Sprache an. Aber das kann auch noch mehr werden. Und auch da wird deutlich: Es ist ja nicht irgendetwas Nettos, was man so macht als Bundeszentrale oder auch als Partei. Sondern: Gerade die Bundeszentrale und auch andere haben ja einen Auftrag. Deswegen würde ich mir da schon mehr wünschen.

Und ich glaube auch die Medien stehen da in der Pflicht. Also, wenn es beispielsweise um Diskussionsrunden geht. Wenn es um Debatten geht. Es geht darum, dass auch diese Formate barrierefrei sind, dass eine Gebärdensprachdolmetschung gibt, eine Untertitelung, dass Leichte Sprache ist. Es gibt durchaus die Möglichkeit, simultan in Leichte Sprache zu übersetzen. Wir nutzen all das bei Veranstaltungen. Und da wünsche ich mir noch deutlich mehr. Und noch einmal: Es geht dabei nicht irgendwie um etwas Nettos, sondern es geht letztlich um die Umsetzung von fundamentalen Grundrechten. Wir leben in einer Demokratie und alle Menschen müssen wählen können. „Die Gewalt geht vom Volke aus“, wie man so schön sagt. Und damit sind alle gemeint.

((Einspielung ruhige Gitarrenmusik, 40 Sekunden))

Michael: Könnte dann nicht auch dazu beitragen, dass die Sprache der Politiker selbst einfacher würde. Ich habe manchmal den Eindruck, wenn ich Gesetze, Verordnungen lese, nichts zu verstehen. Also das heißt: Eine einfachere Sprache wäre für alle Menschen sicherlich sinnvoll. Oder: Würde eine einfachere Sprache vielleicht das Interesse an der Demokratie selbst ja auch noch erhöhen?

Jürgen Dusel: Absolut. Also, das finde ich auch. Ich bin selbst Jurist. Und wenn ich manche Gesetze lese, muss ich mich auch zwei- oder dreimal schütteln, um herauszukriegen, was eigentlich damit gemeint ist. Das kann's jawohl nicht sein. Ich glaube, es würde auch manchen ganz guttun, ihre Ideen in leichter Sprache oder in einfacher Sprache zu formulieren. Ich Wunderlich manchmal, warum manche so verklausuliert sprechen. Na, das kann ja auch manchmal ein richtiger Schutz sein, damit man nicht so dahintergucken kann. Also ich versuche, dass ich es jetzt in Interviews immer so zu machen. Und ich glaube, es würde unserer Gesellschaft insgesamt guttun, wenn wir nicht immer so kompliziert wären.

Ich meine: Auch wenn man manchmal Bescheide vom Amt sieht, dann versteht man die auch nicht. Wenn man sich die Unterlagen zur Steuererklärung anschaut, da musst man ja schon Volkswirtschaft studiert haben. Ich glaube, Helmut Schmidt hat mal gesagt: „Man muss Volkswirtschaft studiert haben, um die Stromrechnung lesen zu können.“ Und das kann es nicht sein.

Also ich glaube, dass eine einfachere Sprache hier notwendig ist und sich auch entwickeln muss, weil einfach immer mehr Menschen dies zu Recht fordern. Und weil sie ein Recht darauf haben. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist da eindeutig in Artikel 29. Und die Bundesrepublik Deutschland hat eben diese UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, also zu geltendem Recht gemacht. Und jetzt ist es Aufgabe des Staates, finde ich, nicht nur das Recht zu setzen, sondern vor allem dafür zu sorgen, dass die Rechte beispielsweise jetzt auch Artikel 29 der UN-BRK bei den Menschen ankommen. Dass sie sich darauf verlassen können, dass da nicht nur was Abstrakt steht, was man halt mal nachlesen kann, sondern das dieses Recht wirklich bei den Menschen ankommt. Und da braucht es ganz konkrete Maßnahmen.

Michael: Herr Dusel aus aktuellem Anlass: Wir sind immer noch erschüttert von den schrecklichen Bildern der Hochwasserkatastrophe. Menschen, die alles verloren haben, die ihr Leben verloren haben, die viel Trauriges zu beklagen haben. Davon sind auch Menschen mit Behinderungen betroffen. Und es geht jetzt, wenn wir nach vorne blicken, auch darum: Wie können wir alle Menschen besser schützen, dass sie solche schlimmen Dinge nicht mehr erleiden müssen? Wir werden nicht von heute auf morgen das Klima ändern können. Das heißt: Wir werden mit solchen Katastrophen und Wetterlagen immer wieder zu kämpfen haben. Also es geht jetzt um einen guten, wirksamen Schutz der Menschen. Wie können da auch die Interessen von Menschen mit Behinderungen Platz greifen? Wie können Sie sich einbringen? Wie sehen Sie das?

Jürgen Dusel: Also, das ist wirklich eine ganz schreckliche Katastrophe, die da stattfindet. Und wir müssen aus den schrecklichen Ereignissen, die richtigen Schlüsse ziehen. Und das heißt: Wir müssen inklusive Schlüsse ziehen. Menschen mit Behinderungen sind Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, und sie haben genau die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen auch. Ganz konkret das Recht, informiert zu sein und das Recht geschützt seien, auch bei solchen Katastrophen.

Und mir ist ganz wichtig, dass uns immer wieder deutlich wird: Inklusion ist eben nicht nur eine Frage der Bildung und nicht nur eine Frage der Sozialhilfe und nicht nur eine Frage von Teilhabe am Arbeitsleben, sondern sie betrifft alle Lebensbereiche und alle Facetten unseres menschlichen Lebens. Und deswegen muss natürlich auch der Katastrophenschutz und die präventiven Maßnahmen, die wir ergreifen, inklusiv sein. Und zwar gerade deswegen, weil Menschen mit Behinderungen, insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen - wir haben es gerade in Sinzig gesehen - besonders gefährdet sind dem Bereich.

Jetzt ist es so, dass es – gerade, wenn Menschen in Einrichtungen leben -, schon Schutzkonzepte, gibt und geben muss. Beispielsweise, wenn es um Brände geht. Wir kennen es, wenn mal ein Feuer ausbricht. Wir haben aber so etwas wie die jetzige Flutkatastrophe noch gar nicht gesehen. Für mich ganz klar, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, die die Prävention betreffen: Dass die Aufklärung für Menschen mit Behinderungen inklusiv ist. Da müssen wir wirklich ran.

Ich bin im Kontakt mit meinem Länderkollegen und -kolleginen dazu. Wir werden uns auch dazu positionieren. Und ich glaube, dass beispielsweise die Informationen, die Katastrophe verteilt wurden, über Fernsehen oder sei es dann auch über Lautsprecher, dass die nicht alle barrierefrei waren. Wir haben, finde ich, da wirklich einen Nachholbedarf in Deutschland. Dass wir beispielsweise mehr Gebärdensprachdolmetschung in solchen Katastrophensituationen, bei Pressekonferenzen, bei Medienauftritten einsetzen, dass mehr Leichte Sprache verwandt wird. Zum einen, wenn es um die Aufklärung von Menschen mit Behinderungen geht. Aber auch wenn es in der Situation darum geht, sich zu informieren, was da gerade passiert.

Wir haben das in der Pandemie gesehen, dass wir am Anfang der Pandemie viel zu wenig Informationen in Gebärdensprache und viel zu wenig Informationen in Leichter Sprache hatten. Das hat sich tatsächlich verbessert. Das will ich deutlich sagen. Da haben mein Team und ich eine Menge machen können. Gerade wenn ich beispielsweise an Pressekonferenzen der Bundesregierung oder des Robert Koch Instituts denke. Oder wenn es auch um Informationsmaterialien in Leichter Sprache des Robert Koch-Instituts geht. Da hat sich tatsächlich was gewandelt. Aber wir müssen das sozusagen nachhalten. Es kann nicht nur sein, dass man immer reagiert, sondern wir müssen das tatsächlich zur Routine machen, dass wir einen inklusiven Katastrophenschutz haben.

Und dabei ist es wichtig, finde ich, dass wir jetzt keinen Schnellschuss machen und in Aktionismus verfallen, sondern dass wir gründlich analysieren, dass die Behörden vor Ort auch wirklich ermitteln, was da passiert ist. Und dass wir dann die wichtigen und richtigen Schlüsse daraus ziehen. Und das kann nur bedeuten, dass spiegelt die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, dass wir die inklusiv treffen. Dass wir, wenn die Katastrophe sozusagen vorbei ist, wenn aufgeräumt ist, wenn, wenn die Häuser wieder aufgebaut sind, nicht einfach so tun, als wäre nichts gewesen und dann zum Business as usual zurückfallen, sondern dass wir doch bitte verstehen mögen, dass so etwas wieder passieren kann. Und dass wir dann beim nächsten Mal besser aufgestellt sind.

Michael: Herzlichen Dank, Jürgen Dusel! Wir sprachen mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Alles Gute nach Berlin, viel Kraft und Durchsetzungsvermögen und natürlich auch das nötige Quäntchen Glück für ihre Arbeit. Herr Dusel, herzlichen Dank,

Jürgen Dusel: Ich danke Ihnen sehr.

Michael: Das war unser Dein Rat zählt-Hörangebot zur Bundestagswahl 2021. Wir sprachen mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.

Die Frage, wie Menschen mit Behinderungen politisch teilhaben können, steht bei uns ganz oben auf der Tagesordnung. Ab 9. August beschäftigen wir uns mit Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen und geben euch Einblicke in die Gründung eines Behindertenbeirates. Also seid gespannt. Wenn ihr Fragen habt zum Thema „politische Teilhabe“ oder Vorschläge für weitere Themen, dann meldet euch gerne bei uns: Schreibt uns eine Mail an kontakt@DeinRatZaehlt.de. Schreibt uns per WhatsApp oder sendet uns eine Sprachnachricht an 01 52 34 70 20 07 und folgt uns auf Facebook und Instagram, um nichts rundum politische Teilhabe zu verpassen. Wir freuen uns auf euch!

((Musikeinspielung))

Michael: Übrigens DeinRatZählt ist eine Wissensplattform der Projekte, politische Partizipation passgenau in Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW und der Kompetenzzentren selbstbestimmt leben NRW. Beide Projekte werden vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales des Landes NRW unterstützt. Die KSL NRW werden zusätzlich von der Europäischen Union unterstützt.